

contra

Fachstelle gegen Frauenhandel
in Schleswig-Holstein

Claudia Franke, im März 2009

Opfer von Menschenhandel. Rechtliche und soziale Probleme bei der Unterstützung betroffener Frauen in Schleswig-Holstein

Fachvortrag¹ für die Fachhochschule Kiel, Sommersemester 2009

1	EINLEITUNG UND VORSTELLUNG VON CONTRA	2
2	FRAUENHANDEL / MENSCHENHANDEL	3
2.1	Definition Frauenhandel	3
2.2	Menschenhandel nach StGB	4
2.3	Erkenntnisse von contra zu Frauenhandel in Schleswig-Holstein	5
3	BERATUNGSANGEBOT DER FACHSTELLE CONTRA	8
4	RECHTSLAGE FÜR OPFER VON MENSCHENHANDEL	12
5	ZEUGINNEN IN STRAFVERFAHREN	16
6	AUSBLICK	17

¹ Aktualisierte und überarbeitete Fassung von Juni 2009

1 Einleitung und Vorstellung von contra

Zu meiner Person und zu contra:

Mein Name ist Claudia Franke, ich bin Diplom-Sozialpädagogin und mit meiner Kollegin Jozefa Paulsen bei contra beschäftigt. contra ist die „Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein“ und arbeitet seit März 1999. Aufgabe von contra ist es, von Frauenhandel betroffene Frauen in ganz Schleswig-Holstein zu beraten und zu unterstützen. Das heißt, wir arbeiten mobil und migrantinnenspezifisch. Was das genau heißt, finden Sie im Punkt 3.

Damit die Beratung in einem so großen und flächigen Land wie Schleswig-Holstein auch funktionieren kann, leisten wir weitaus mehr als die eigentliche Beratung mit den Frauen:

- wir bauen das Beratungsnetzwerk ständig aus (Suche nach Dolmetscherinnen, Therapeutinnen, Rechtsanwältinnen, speziellen Angeboten wie Sprachkurse etc.)
- wir fördern die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (z.B. mit LKA / Polizeidienststellen, Behörden, Beratungsstellen etc.) durch Facharbeitskreise, Arbeitstreffen etc.
- wir sorgen für die Schaffung geeigneter gesetzlicher, struktureller und praktischer Grundlagen auf Landesebene (Arbeitstreffen mit Ministerien, Landesverbänden, Lobbyarbeit in Politik und Kirche, auf Landesebene und in den Regionen)
- wir leisten Öffentlichkeits- und Pressearbeit zum Thema Frauenhandel
- wir stoßen neue Projekte an, z.B. mit unserem Förderverein und reagieren so auf aktuelle Entwicklungen, die wir im Bereich Frauenhandel feststellen

Die Arbeit von contra wird zu 46% vom Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein gefördert. Das Nordelbische Frauenwerk, das die Trägerschaft von contra hat, finanziert die Arbeit aus kirchlichen Mitteln zu mehr als der Hälfte mit. Mit den Mitteln von Land und Kirche ist die Fachstelle contra derzeit mit 1,5 Personalstellen ausgestattet. Diese sind mit zwei Diplom-Sozialpädagoginnen (à 29 Wochenstunden) besetzt. Außerdem steht der Fachstelle contra ein schmaler Sachkostenhaushalt zur Verfügung, aus dem beispielsweise die benötigten Honorare für Dolmetscherinnen finanziert werden.

Zunehmend zeigt sich, dass wichtige Projekte von contra nur mit finanzieller Unterstützung des Fördervereins contra e.V. umgesetzt werden können. Im Herbst 2009 werden wir mithilfe des Fördervereins z.B. endlich eine informative Internet-Seite, u.a. mit mehrsprachigen Beratungsinformationen für betroffene Frauen haben!

2 Frauenhandel / Menschenhandel

2.1 Definition Frauenhandel

Frauenhandel findet weltweit statt und ist eine Menschenrechtsverletzung an Frauen. In den Medien geistern immer wieder Beiträge herum über Frauenhandel. Leider sind das oft sehr klischeehafte und voyeuristische Darstellungen, die teilweise nicht der Realität entsprechen. Wer genaue Informationen haben möchte, muss sich intensiver mit der komplexen Thematik beschäftigen, muss einen differenzierten Blick zulassen.

Der Begriff Frauenhandel umfasst

- den Frauenhandel in die Prostitution
- den Handel in die Ehe (auch Heiratshandel)
- und den Frauenhandel in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse (private Haushalte, Gaststätten- und Hotelgewerbe, Saisonarbeit etc.).

Ursächlich für den fortwährenden Frauenhandel sind die immens hohen Gewinne, die mit diesem kriminellen Geschäft gemacht werden und gleichzeitig das weltweite Armutsgefälle, die Perspektivlosigkeit gerade auch für Frauen in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas, Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und nicht zuletzt die restriktive Migrationspolitik der westeuropäischen Länder, die Einwanderung weitestgehend verhindern soll.

Der Begriff Frauenhandel meint nicht allein den Handel mit Frauen. Frauenhandel liegt dann vor, wenn Frauen durch Täuschung, Drohung oder Gewaltanwendung zur Aufnahme und Fortsetzung von Dienstleistungen (z.B. Prostitution) und Tätigkeiten (z.B. Hausarbeit) gebracht werden, die ausbeuterisch oder sklavenähnlich sind. Die Frauen werden über die Art der Tätigkeit, die Verdienstmöglichkeit, rechtliche Gegebenheiten, Arbeitsbedingungen etc. getäuscht und werden durch die Täter/innen mit diversen Mitteln in extreme Abhängigkeit gebracht, es wird Zwang ausgeübt: z.B. durch

- direkte physische Gewalt oder durch Androhung derselben
- psychische Gewalt, Erpressung, Bedrohung
- unrechtmäßiges Einbehalten von Dokumenten und verdientem Geld,
- Raub, Isolation und Betrug
- Ausnutzen einer hilflosen Lage, Autoritätsmissbrauch und Schuldknechtschaft (Zwang zur Abzahlung imaginärer oder tatsächlicher Schulden)

Für die dahinter stehenden kriminellen Banden und Einzeltäter(innen) besteht ein vergleichsweise geringes Risiko, für diese Straftaten angeklagt und verurteilt zu werden.

2.2 Menschenhandel nach StGB

Frauenhandel ist kein juristischer Begriff, er kennzeichnet vor allem, dass von den eben beschriebenen Menschenrechtsverletzungen vornehmlich Frauen betroffen sind, dies gilt vor allem für die ersten beiden Formen des Frauenhandels und zu einem hohen Prozentsatz auch für den Bereich der ausbeuterischen Arbeit.

Im deutschen Strafgesetzbuch sind diese Straftaten als "Menschenhandel" erfasst und den Straftaten gegen die persönliche Freiheit zugeordnet²: Es wird unterschieden zwischen

- Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB) und
- Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB).

Bis zum Jahr 2005 umfasste der Straftatbestand Menschenhandel lediglich die Zuführung und den Zwang zur Prostitution. Das neue Gesetz ist seit 19. Februar 2005 in Kraft.

Menschenhandel wird als Grundtatbestand mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft, als Qualifikationstatbestand (u.a. bei Kindern, schwerer körperlicher Misshandlung, gewerbs- oder bandenmäßigen Taten, bei Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel oder List) mit Freiheitsstrafen von einem bis zu zehn Jahren bestraft.

Übrigens ist die Grenzüberschreitung bei Menschenhandel keine Voraussetzung für die Geltungsreichweite des Straftatbestands Menschenhandel – das heißt, es können auch deutsche Frauen von Menschenhandel betroffen sein und sind es im Bereich der Prostitution zunehmend auch.

Wichtig zu wissen ist ebenfalls, dass es bei Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung nicht relevant ist, ob die Frauen bereits der Prostitution nachgegangen sind bzw. bei der Anwerbung bereits in Kenntnis gesetzt waren, dass sie der Prostitution nachgehen würden. Es macht sich grundsätzlich strafbar, wer die „auslandsspezifische Hilflosigkeit oder die Zwangslage“ einer Person ausnutzt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution bzw. zu ausbeuterischen sexuellen Handlungen zu bringen.

In der Praxis haben wir es also mit Frauen zu tun,

- die über ihre tatsächliche Tätigkeit (in Deutschland) getäuscht wurden und der Prostitution wider Willen zugeführt wurden,

² Die erweiterte strafrechtliche Definition des Menschenhandels basiert auf a) der Vereinbarung im Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels (sog. „Palermo-Protokoll“) zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, das die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 2000 gezeichnet hat, und b) dem Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 19. Juli 2002 zur Bekämpfung des Menschenhandels (ABl. L 203 vom 1. August 2002, S.1), der am 1. August 2002 in Kraft trat.

- die bereits wussten, dass sie in der Prostitution zu arbeiten, jedoch in ausbeuterische Verhältnisse gepresst werden
- die mit diversen Mitteln an der Beendigung dieses Zwangsverhältnisses / der Prostitution gehindert wurden

Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft liegt vor, wenn jemand eine Zwangslage oder die auslandsspezifische Hilflosigkeit einer Person ausnutzt, um sie in Sklaverei, Leibeigenschaft oder Schuldknechtschaft zu bringen bzw. in Arbeitsverhältnisse, die in krassem Missverhältnis zu Arbeitsbedingungen anderer Arbeitnehmer stehen.

In der Praxis haben wir es also mit Frauen zu tun,

- die in privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, im Pflegebereich oder Gaststätten- und Hotelgewerbe ausgebeutet werden.
- die vertragswidrig in Au-Pair-Verhältnissen ausgebeutet werden (unvereinbarte Tätigkeiten, oft rund um die Uhr etc.).

Für den Handel in Ehen / Heiratshandel gibt es keinen besonderen Straftatbestand im Strafgesetzbuch. Erfasst ist lediglich in § 240 StGB „Die Nötigung zur Eingehung einer Ehe“. Hier ist aber eher die so genannte Zwangsheirat gemeint, die nicht zum Heiratshandel zählt.

In der Praxis haben wir es im Bereich Heiratshandel mit Frauen zu tun,

- die zum Zweck der Eheschließung von vermeintlichen deutschen Ehepartnern nach Deutschland eingeladen werden, innerhalb der Visumszeit (meist 3 Monate) sexuell oder als billige Arbeitskraft ausgebeutet werden, ggf. dann „auf die Straße gesetzt werden“
- oder die Ehe wurde geschlossen und die Frau wird in der Zeit des gesetzlichen ehegattenabhängigen Aufenthaltes, der immerhin zwei Jahre beträgt, ausgenutzt.³ In diesen zwei Jahren droht die Ausreise, wenn die Ehepartner sich trennen (nicht: scheiden). Das nutzen einige Ehemänner aus, indem sie den Frauen drohen, der Ausländerbehörde die Trennung bekanntzugeben, sobald sie nicht im gewünschten Sinne „funktionieren“. Die Frauen befinden sich in totaler Abhängigkeit und wissen oft keine Auswege.

2.3 Erkenntnisse von contra zu Frauenhandel in Schleswig-Holstein

Für Schleswig-Holstein kann kein genaues Ausmaß des Frauenhandels angegeben werden. Klar ist jedoch, dass Frauenhandel in Schleswig-Holstein weit verbreitet ist und sich nicht nur auf die großen Städte wie Kiel oder Lübeck konzentriert. Frauenhandel in all seinen Facetten ist auch im ländlichen Raum und in allen Regionen Schleswig-Holsteins festzustellen:

- im Bereich der Prostitution vornehmlich in Bordellen, Modellwohnungen oder so genannten Caféhäusern

³ § 28 Abs. 2 AufenthG und § 31 AufenthG

- im Bereich ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse vermutlich besonders im Haushalts- und Au pair sowie im Gaststätten- und Pflegebereich
- Heiratshandel findet im Privatbereich statt oder wird gewerbsmäßig organisiert

Aus den Erfahrungen der zehnjährigen Beratungsarbeit von contra sowie der Statistik des LKA lassen sich folgende Zahlen für den Frauenhandel vornehmlich in die Prostitution aufzeigen:

- Seit dem Jahr 1999 sind weit über 600 Frauen von contra beraten worden.
- Im Jahr 2008 waren es 57. Die Klientinnen waren von Frauenhandel in die Prostitution, Ausbeutung in der Prostitution, Heiratshandel, Arbeitsausbeutung sowie weiteren Gewaltformen im Migrationsprozess betroffen. Wie im Bundestrend war auch contra zunehmend mit Beratungsbedarf von Frauen konfrontiert, die von Zwangsheirat bedroht waren. Da ein spezielles Beratungsangebot in S-H fehlt, mussten gemeinsam mit anderen Beratungsstellen individuelle Lösungen gefunden werden.
- Laut LKA werden in Schleswig-Holstein jährlich ca. 10 Verfahren wegen Menschenhandels eingeleitet, nur wenige münden in eine Hauptverhandlung.⁴ Im Jahr 2008 sind unserer Kenntnis nach nur 2 Hauptverhandlungen (Prozesse) wegen Menschenhandels geführt worden. Leider erfahren wir aber nicht immer davon und auch die prozessbeteiligten betroffenen Frauen haben nicht immer mitgeteilt bekommen, dass sie von contra unterstützt werden können. Die polizeiliche Kriminalstatistik gibt für 2008 19 bekannt gewordenene Fälle des Menschenhandels an. (www.polizei.schleswig-holstein.de)
- In den Jahren 1999 – 2003 wurden etwa 60% aller unserer Klientinnen durch polizeiliche Dienststellen an contra vermittelt, meist nach polizeilichen Kontrollen im Milieu.
- Seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004 werden ca. 10-20 % unserer Klientinnen durch polizeiliche Dienststellen an contra vermittelt. Nur noch wenige Frauen werden als Opfer von Menschenhandel im Zuge polizeilicher Maßnahmen sichtbar, da sich durch die EU-Erweiterung die Vorgehensweise der Strafverfolgungsbehörden ändern musste.
- Der Großteil unserer Klientinnen (80-90%) wendet sich derzeit über Dritte an uns (Beratungsstellen, Angehörige, Bekannte, Freier, andere Stellen wie Krankenhäuser, Dolmetscherinnen etc.) oder die Frauen melden sich selbst bei uns (z.B. weil sie unserer mehrsprachigen Faltblätter in die Hand bekommen).
- Nach Auswertung von contra sind derzeit ca. 1/3 aller Klientinnen Zeuginnen in Ermittlungs- und Strafverfahren.
- Nur wenige Aussagen mündeten dann auch in Hauptverhandlungen (s.o.). Bis Ende 2008 wurden von contra 26 Zeuginnen in 24 Hauptverhandlungen begleitet. Nur bei ei-

⁴ Quelle: Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages am 24.05.2006

nem kleinen Teil dieser Hauptverhandlungen kam es zu einer Verurteilung wegen des Straftatbestands Menschenhandel. Häufig wurde in der Verfahrensführung auf andere Straftatbestände (Vergewaltigung, Einschleusen von Ausländern etc.) ausgewichen.

Diese Zahlen weisen nur auf die Frauen hin, die contra bekannt wurden. Die tatsächliche Anzahl von Menschenhandel betroffener Frauen in Schleswig-Holstein liegt nach Einschätzung des LKA und contra weitaus höher. Die wenigsten betroffenen Frauen werden jedoch als Opfer von Menschenhandel bekannt und erkannt. Dies gilt sowohl für den Bereich der Prostitution, noch stärker aber für die Bereiche Arbeitsausbeutung und Heiratshandel.

Aus welchen Herkunftsländern stammen betroffene Frauen?

Aus unserer Beratungstätigkeit in Schleswig-Holstein haben wir die häufigsten Herkunftsländer betroffener Frauen ausgewertet. Auf diese Weise zeigt sich nachstehende Rangfolge, wobei „1“ die höchste Anzahl betroffener Frauen kennzeichnet:

Rangfolge	1999 - 2004	2004-2006	aktuell
1	Polen	Polen	Polen
2	Russische Föderation	Ukraine, Rumänien, Russische Föderation	Deutschland
3	Litauen, Bulgarien	Bulgarien	Bulgarien
4	Kolumbien	Deutschland, Thailand	Rumänien, Tschechien, Serbien
5	Rumänien	Kasachstan	Asien
6	Weißrussland	Weißrussland, Slowakei, Ghana	Mittel- und Südamerika
7	Ukraine	Weitere Länder/Kontinente	Afrika
8	Afrika, Deutschland		
9	Weitere Länder		

Während vor der EU-Erweiterung nur zu vermuten war, dass auch Frauen aus den neuen EU-Staaten weiterhin von Frauenhandel in die Prostitution betroffen sein könnten, bestätigte sich die Vermutung anhand konkreter Beratungsfälle in 2005 - 2008. In der Beratung von Frauen aus den neuen EU-Staaten durch contra waren insbesondere Frauen aus Polen betroffen. Die Freizügigkeitsregelungen schützen nicht vor Straftaten im Bereich Menschenhandel. Da die wirtschaftliche Situation in den neuen EU-Staaten sich nur langsam an hiesige Standards angleichen wird, gleichzeitig EU-BürgerInnen aufgrund von Übergangsregelungen der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verwehrt bleibt, ist sichtbar, dass die Täter

die gleichen Mittel wie bisher nutzen, um die Frauen anzuwerben, zu täuschen und zu erpressen.

Jährlich gibt es ein Lagebild Menschenhandel vom Bundeskriminalamt (BKA), hier sind alle bekannten Verfahren wegen Menschenhandels im Bundesgebiet ausgewertet worden. Die Erkenntnisse des BKA über Hintergründen zu Tätern und Opfern sind nachzulesen unter: www.bka.de dort: > Berichte und Statistiken > Kriminalitätslage > Menschenhandel

3 Beratungsangebot der Fachstelle contra

Wie erfahren betroffene Frauen von *contra*?

Es ist bundesweit und auch in Schleswig-Holstein von einer hohen Dunkelziffer betroffener Frauen auszugehen. Das wichtigste ist also, dass betroffene Frauen überhaupt als Opfer von Menschenhandel sichtbar und identifiziert werden. Einerseits deshalb, um dem Gewaltkreislauf entrinnen zu können und Hilfe zu finden, andererseits, um ggf. gegen die Täter/innen aussagen zu können.

Die Erfahrung zeigt, dass betroffene Frauen sich zum großen Teil nicht selbst an die strafverfolgenden Behörden wenden, selbst wenn die Polizei im Milieu regelmäßig präsent ist. Folgende Faktoren spielen hierbei eine Rolle:

- Ängste vor Vernehmungssituationen.
- Erhebliches Misstrauen gegenüber Behörden, Angst vor der unüberschaubaren Situation und den Konsequenzen, die sich aus einer Aussage ergeben.
- Unkenntnis über ihrer Rechte und über die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland.
- Massive Ängste vor Racheakten der Täter, durch die sie entsprechend instruiert und eingeschüchtert wurden.

Betroffene Frauen – so stellen wir immer wieder fest – sind also eine total isolierte Gruppe, die häufig keine Vorstellungen davon haben, wie sie sich der abhängigen und ausbeuterischen Situation entziehen können. Als Beratungsstelle haben wir uns also die Frage zu stellen, wie betroffene Frauen auch abseits polizeilicher Maßnahmen von unserem Unterstützungsangebot erfahren können. An diesem Punkt setzt die Aufklärungs- und Informationsarbeit von contra an.

Wir haben ein besonderes Konzept entwickelt, um die Chance für betroffene Frauen zu erhöhen, dass sie von dem Unterstützungsangebot von contra erfahren.

- Ein 10-sprachiges, auffällig gestaltetes Faltblatt informiert über das Beratungsangebot von contra, es wird in ganz Schleswig-Holstein verteilt (im öffentlichen Raum, an Behörden, Beratungsstellen etc.)
- Seit Beginn unserer Tätigkeit im Jahr 1999 informieren wir Behörden, (Frauen-)Beratungsstellen und Frauenhäuser, weitere soziale Einrichtungen und Netzwerke über unser Beratungsangebot - ca. die Hälfte aller Klientinnen, die contra berät, werden durch Beratungsstellen und Behörden vermittelt.
- Seit 2008 setzen wir mit Unterstützung des Fördervereins in 4 Regionen (Nordfriesland, Dithmarschen, Kiel und Umgebung, Schleswig-Flensburg) punktuell freie Mitarbeiterinnen für die Informations- und Netzwerkarbeit vor Ort ein. Sie haben die Aufgabe, contra in regionalen Netzwerken zu vertreten und aktive Informationsarbeit über contra zu leisten. Die Informationsarbeit richtet sich u.a. an: Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Personal in Krankenhäusern, Teilnehmerinnen von Sprachkursen, Migrantinnen-Treffpunkte, Kirchengemeinden, Ortsverbände, die allgemeine Öffentlichkeit etc. Diese Arbeit folgt der Erkenntnis, dass sich Frauen zunehmend mithilfe (meist unbeteiligter) Dritter an contra wenden – d.h. potenzielle Kontaktstellen müssen über Frauenhandel und das Beratungsangebot von contra aufgeklärt werden, damit sie im Bedarfsfall entsprechend reagieren können. Mit der intensiven Kontaktarbeit in den Regionen bauen wir außerdem auch das Beratungsnetzwerk von contra aus (Suche von Dolmetscherinnen, Unterbringungsorten, Therapeutinnen, Rechtsanwältinnen).
- Ab Herbst 2009 wird es eine eigene contra-Internet-Seite geben, die mehrsprachig informiert www.contra-sh.de Wir überlegen darüber hinaus, eine online-Beratung einzurichten. Dieses Vorhaben basiert auf der Erkenntnis, dass junge Frauen immer häufiger das Medium Internet nutzen und online-Beratung kann ein Zugangsweg für in Not geratene Frauen sein. Seit 2007 haben sich mehrere Frauen, Angehörige und Unterstützer bereits per email an uns gewandt.

Was bietet contra betroffenen Frauen an?

Die Beratungs- und Unterstützungstätigkeit unterteilt sich in Krisenintervention / Erstgespräch, mittel- und langfristige Beratungsprojekte sowie Begleitung. Die Beratungsinhalte sind auf die individuelle Situation der jeweiligen Frau zugeschnitten und ergeben sich aus den Bedürfnissen der Frau, ihrem psychischen und physischen Zustand, dem Ausmaß der Traumatisierung sowie aus der jeweiligen Fallkonstellation.

Beratungs- und Begleitungsangebote:

- Krisenintervention / Erstgespräch, Folgegespräche (muttersprachlich)

- Aufklärung über die Rechte und Möglichkeiten der Beratung / Unterstützung
- Bei Bedarf dezentrale Unterbringung
- Organisation einer Notversorgung und medizinischer Versorgung
- Kontakte zu den involvierten Institutionen (Polizei, Ausländerbehörden, etc.)
- Begleitung bei Behördengängen, zu Ärztinnen, Therapeutinnen, Rechtsanwältinnen
- Klärung der aufenthaltsrechtlichen Situation in Deutschland
- Vorbereitung auf die Rolle als Zeugin (wenn Klientin aussagen möchte)
- bei Bedarf Unterstützung und Prozessbegleitung bei Gerichtsverfahren
- Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Lebensperspektiven
- Hilfe bei der Rückkehr in das Heimatland, Organisation der Rückreisekosten und der erforderlichen Formalitäten, Kontaktaufnahme zu Hilfsangeboten / Projekten vor Ort

Wie funktioniert die Beratung genau?

Der erste Kontakt ergibt sich meist per Telefon, mit Dritten oder der Frau selbst. Manchmal wenden sich Frauen oder Dritte auch per mail an uns. Im ersten Schritt wird so schnell wie möglich ein erstes Beratungsgespräch organisiert. Dazu müssen wir wissen, welche Sprache die Frau spricht, was grob ihre Situation ist, in welcher Region die Frau sich befindet. Da unser Arbeitsbüro in Kiel ist (quasi unsere „Zentrale – dort beraten wir die Frauen nicht), organisieren wir einen Raum, eine Dolmetscherin und verabreden einen Termin. Ist die Frau auf einer Polizeiwache, in einem Krankenhaus o.ä. fahren wir direkt zu ihr hin. Der erste Kontakt muss sich meist sehr schnell ergeben, deshalb sprechen wir von Krisenintervention.

Im Erstgespräch erarbeiten wir mit der Frau gemeinsam einen Überblick über ihre derzeitige Situation, wir beraten sie über ihre Rechte, die Möglichkeiten unserer Unterstützung und definieren die ersten notwendigen Schritte.

Fast alle Frauen entscheiden sich im Erstgespräch für eine weiterführende Beratung, die dann je nach Situation der Klientin Beratungszeiträume zwischen einer Woche bis zu mehreren Jahren (z.B. bei Prozessen) umfasst. In vielen Fällen benötigen die Klientinnen eine Unterbringung an einem geeigneten, vom Tatort entfernten Ort. Dadurch entsteht ein Maß an Sicherheit, das die Grundvoraussetzung für die psychische Stabilisierung und Genesung der Klientin darstellt. In anderen Fällen wohnen die Frauen bei Bekannten, Freunden, Partnern oder sind bereits in Einrichtungen (Frauenhäuser, Wohngruppe o.ä.). Häufig brauchen die Frauen eine Erstversorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, weil sie keinerlei Besitz haben, kein Geld, kaum Kleidung etc.

In weiteren Schritten entwickelt sich der Beratungsverlauf dann je nach der individuellen Situation der Frau (möchte sie schnell ausreisen, braucht sie Zeit, um sich zu stabilisieren, ist sie gefährdet im Herkunftsland etc.)

Im Mittelpunkt stehen unserer Beratung stehen grundsätzlich die Interessen der Frau selbst. Wir informieren sie, aber sie trifft die Entscheidungen. Wir stützen die jeweiligen Schritte, für die sie sich entschieden hat.

Die Beratung erfolgt:

- muttersprachlich
- freiwillig und kostenlos
- unabhängig davon, ob die Betroffene als Zeugin aussagen möchte / kann
- unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Betroffenen (auch illegalisiert)
- mobil in Schleswig-Holstein (vor Ort)

Wichtig ist für die Klientin z.B. die Entscheidung, ob sie als Zeugin aussagen möchte. Derzeit sind ca. 1/3 der Klientinnen Zeuginnen in Ermittlungs- und Strafverfahren, contra unterstützt sie dabei und stellt nach Bedarf Kontakt zu einer Rechtsanwältin her. Leider ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Klientinnen in den seltensten Fällen die notwendige Bedenkzeit für diesen Schritt haben.

Zunehmend ist die Zahl der Frauen, die sich in einem besorgniserregenden gesundheitlichen Zustand und in schwieriger psychischer Verfassung, z.B. durch Traumatisierung befinden. Zunehmend sind auch Problemlagen wie Sucht, ungewollte Schwangerschaften, Adoptionsverfahren oder Gefährdung der Kinder.

Fast alle der bisher beratenen Frauen mussten (oder wollten) ausreisen, ein Daueraufenthalt aus humanitären Gründen oder wegen der Gefährdung im Herkunftsland ist jedenfalls noch nicht gestattet worden. contra unterstützte die Frauen bei der Organisation der Ausreise und stellte bei Bedarf Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen in den Herkunftsländern her (sofern vorhanden). Seit der EU-Erweiterung bestehen aber doch für EU-Frauen einige wenige Chancen, eine Perspektive für Deutschland zu entwickeln – aber das ist äußerst kompliziert und gelingt nur mit viel Mühe und unter der Voraussetzung, dass ein fester Arbeitsplatz gefunden wird. Ergeben sich solche Chancen unterstützt unser Förderverein unsere Arbeit mit den Frauen durch die Finanzierung so genannter Zukunftsprojekte.

Die Beratung, Begleitung erfolgt also Schritt für Schritt – psychosozial in den Gesprächen und ganz praktisch mit konkreten Hilfen und unserer Begleitung. Die Beratung endet dann, wenn die Frau keine weitere Beratung wünscht oder wenn sie ausgereist ist und keinen Kontakt mehr zu contra benötigt oder wenn in Deutschland ein Perspektivaufbau gelungen ist und die Frau selber klar kommt oder wenn wir die Frauen an andere Beratungsstellen vermitteln konnten (weil der Teil der contra-Beratung abgeschlossen ist und nun andere Fachpersonen gefragt sind).

Es ist unterschiedlich, ob wir später erneut von den ehemaligen Klientinnen hören – in den letzten Jahren hat es zugenommen, dass Frauen sich wieder bei contra melden, um zu berichten, wie ihr Leben verlaufen ist oder weil sich neue Probleme ergeben, zu denen sie Rat suchen. Oft sind das Klientinnen, mit denen wir eine längere Zeit gearbeitet haben, aber es kann auch anders sein.

Unsere Beratung müssen Sie sich also mobil vorstellen. Vom Arbeitsbüro aus koordinieren wir alle Kontakte und Absprachen, viel muss am Telefon und im schriftlichen Kontakt mit Behörden erledigt werden – in einem Jahr sind das bei contra ca. 500 persönliche Beratungskontakte mit den Frauen und zusätzlich nochmals 1.000 Kontakte mit beteiligten Stellen.

Zur Beratung und Begleitung fahren wir dann in die entsprechenden Regionen, wo die Frauen sich aufhalten oder untergebracht sind, dort beraten wir die Frauen über den jeweils neuesten Stand und treffen neue Verabredungen mit ihnen, von dort aus fahren wir dann auch zu den Behörden oder anderen Beteiligten, die sich meist nicht vor Ort, sondern aufgrund landesgesetzlicher Regelungen am ehemaligen Tatort befinden.

4 Rechtslage für Opfer von Menschenhandel

Aufenthaltsrechtliche Situation für Betroffene aus Nicht-EU-Staaten

Da vorwiegend Migrantinnen Opfer von Menschenhandel sind, hat der deutsche Gesetzgeber sich insbesondere auf aufenthaltsrechtliche (nach altem Gesetzestext: ausländerrechtliche) Vorschriften konzentriert. Zwei wesentliche Vorschriften gelten:

§ 50, 2a Aufenthaltsgesetz:

Liegen der Ausländerbehörde konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass der Ausländer Opfer einer in § 25 Abs. 4a Satz 1 genannten Straftat (Menschenhandel) wurde, setzt sie eine Ausreisefrist, die so zu bemessen ist, dass er eine Entscheidung über seine Aussagebereitschaft nach § 25 Abs. 4a Satz 2 Nr. 3 treffen kann. Die Ausreisefrist beträgt mindestens einen Monat. (...) Die Ausländerbehörde oder eine durch sie beauf-

tragte Stelle unterrichtet den Ausländer über die geltenden Regelungen, Programme und Maßnahmen für Opfer von in § 25 Abs. 4a Satz 1 genannten Straftaten.

In der Praxis bedeutet das, dass Menschen, die möglicherweise betroffen sind (Anzeichen) in dieser Zeit nicht ausgewiesen / abgeschoben werden sollen. In dieser Zeit sollten Betroffene die Möglichkeit haben, sich beraten zu lassen (z.B. von einer Fachberatungsstelle), ihre persönlichen Sachen zu regeln, freiwillig ausreisen. Die so genannte Ausreisefrist wurde vom Gesetzgeber auch gedacht, um in dieser Zeit zu klären, ob die Betroffene sich als Zeugin zur Verfügung stellt.

§ 25, 4a Aufenthaltsgesetz:

Einem Ausländer, der Opfer einer Straftat nach den §§ 232, 233 oder § 233a des Strafgesetzbuches wurde, kann abweichend von § 11 Abs. 1, auch wenn er vollziehbar ausreisepflichtig ist, für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn

1. seine vorübergehende Anwesenheit im Bundesgebiet für ein Strafverfahren wegen dieser Straftat von der Staatsanwaltschaft oder dem Strafgericht für sachgerecht erachtet wird, weil ohne seine Angaben die Erforschung des Sachverhalts erschwert wäre,
2. er jede Verbindung zu den Personen, die beschuldigt werden, die Straftat begangen zu haben, abgebrochen hat und
3. er seine Bereitschaft erklärt hat, in dem Strafverfahren wegen der Straftat als Zeuge auszusagen

Das heißt, nur wenn eine Betroffene als Zeugin aussagt und nur wenn und solange sie auch tatsächlich von den Strafverfolgungsbehörden als Zeugin benötigt wird, soll die so genannte Opferzeugin eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Warum sind diese aufenthaltsrechtlichen Vorschriften notwendig?

Frauen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen und keine Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis haben, machen sich wegen illegalen Aufenthalts strafbar, wenn sie der Prostitution nachgehen – egal, ob dies freiwillig, unfreiwillig bzw. im Rahmen krimineller Handlungen geschieht. Eine rechtliche Möglichkeit für Migrantinnen aus Nicht-EU-Staaten, zum Zwecke der Arbeitsaufnahme z.B. in der Prostitution einzureisen, existiert nicht. Der Besitz eines Touristenvisums, das einen dreimonatigen Aufenthalt in Deutschland ermöglicht, berechtigt nicht zur Arbeitsaufnahme.

Wird also der illegale Aufenthalt festgestellt, so sind die Frauen trotz der an ihnen begangenen Straftaten zunächst einmal selbst Beschuldigte einer Straftat und werden ausgewiesen oder abgeschoben. Um dies bei Opfern von Menschenhandel zu vermeiden, wurde die Rechtslage europaweit und in Deutschland entsprechend festgelegt.

Bewertung

Ganz klar ist zu sagen, dass oben genannte Regelungen sehr stark dem Strafverfolgungsinteresse des deutschen Staates dienen, im Mittelpunkt stehen nicht humanitäre Gesichtspunkte (d.h. die betroffene Person als Individuum). Eine weitergehende Betrachtung der Problematik würde hier zu weit führen, ich verweise auf einschlägige Literatur, insbesondere zu finden auf www.kok-buero.de und dort unter "KOK informiert".

Weitere rechtliche Grundlagen für Betroffene aus Nicht-EU-Staaten

Sind Betroffene geduldet oder haben eine Aufenthaltserlaubnis als Zeuginnen, so erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Der monatliche Lebensunterhalt stellt eine um circa 30 % herabgesetzte Leistung nach dem SGB II und SGB XII dar. Im Detail bedeutet dies:

- Ca. 210 € im Monat für alle den Lebensunterhalt betreffenden Aufwendungen, Diese Leistung soll faktisch den Bedarf an Ernährung, Fahrgeld, Telefon, Zeitung, Rechtsanwalt, kulturellem Bedarf, zusätzlicher Ernährung, Hygieneartikeln und Kleidung erfassen. Diese geringe Summe deckt nicht den erhöhten Bedarf an finanziellen Mitteln von Frauenhandel betroffener Frauen. Ihr erhöhter finanzieller Bedarf steht direkt in Zusammenhang damit, dass die Frau Opfer geworden und ggf. Zeugin in einem Strafverfahren ist. So haben Betroffene von Frauenhandel z.B. wegen ihrer dezentralen Unterbringung einen erhöhten Bedarf an Fahrtkosten. Schwierig gestaltet sich auch die Finanzierung der Telefonkosten aus eigenen Mitteln - Betroffene müssen häufiger Kontakt zur beratenden Fachberatungsstelle aufnehmen und haben öfter auch den Bedarf, Kontakt zu Angehörigen in ihrem Herkunftsland aufzunehmen. Sind Betroffene Zeuginnen in Strafverfahren, währt die Zeit derart knapper finanzieller Ressourcen meist ein bis drei Jahre.
- Die Unterbringung ist gemäß Gesetzestext in Sammelunterkünften und AsylbewerberInnenheimen vorgesehen. Es besteht zunächst kein Anspruch auf eine eigene Wohnung. Gerade für den Personenkreis betroffener Frauen ist diese Realität unzumutbar. Die sichere und in psychosozialer Hinsicht angemessene Unterbringung betroffener Frauen ist deutlich erschwert - eine besondere Gefährdung oder erhebliche psychische

Beeinträchtigungen müssen amtlich nachgewiesen werden, um Alternativen zum AsylbewerberInnenheim herzustellen. Stehen betroffene Frauen mit einer Fachberatungsstelle in Kontakt, so kümmern diese sich um die Unterbringung, die zumeist nicht in AsylbewerberInnenunterkünften erfolgt, sondern in Schutzwohnungen oder dezentralen Unterkünften.

- Medizinische Versorgung wird nach § 4 AsylbLG nur im Notfall und zur Behandlung akuter Erkrankungen gewährt. Es werden dann ärztliche Behandlungen sowie "sonstige Leistungen" (Medikamente, Krankenpflege, Hilfsmittel etc.) finanziert. Sonstige Leistungen werden nur gewährt, wenn sie "zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind" (§ 6 AsylbLG). Viele der betroffenen Frauen befinden sich in einem schwierigen gesundheitlichen Zustand. Betroffene Frauen leiden häufig an massiven körperlichen und psychischen Beschwerden, die meist auf eine Traumatisierung zurückzuführen sind. Die entsprechend angezeigte medizinische Versorgung, z.B. Psychotherapien, werden oftmals nicht gewährt, da sie nicht als "akuter Notfall" eingestuft werden. Das Wohlbefinden unterstützende Heil- oder Hilfsmittel bzw. Hygieneartikel werden ebenfalls nicht finanziert, die Frauen sind für deren Anschaffung selbst zuständig und müssen sie aus dem minimalen Taschengeld bezahlen.

Situation für Betroffene aus EU-Staaten

Während die Rechtslage für Betroffene aus Nicht-EU-Staaten seit 2007 recht eindeutig geregelt ist, klaffen große Lücken in der rechtlichen Behandlung und Alimentierung (finanzielle Versorgung) von Frauen aus den neuen EU-Staaten. Diese Lücken sind auf Landes- und Bundesebene bekannt.

Seit 2004 sind 10 EU-Staaten aus Mittel- und Osteuropa der EU beigetreten (2004: Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland und 2007: Bulgarien, Rumänien). Gerade diese Staaten waren bisher die Hauptherkunftsländer von Frauen, die von Menschenhandel betroffen sind. Festzustellen ist, dass nach wie vor Frauen aus den neuen EU-Ländern von Menschenhandel betroffen sind. Eine besondere Problematik ist kurioserweise das Freizügigkeitsgesetz, das lückenhaft Sonderfälle geregelt hat.

Zur Frage steht immer wieder, welchen Aufenthaltstitel Betroffene bekommen sollen, das betrifft sowohl Opferzeuginnen und auch Frauen, bei denen Anzeichen für Menschenhandel bestehen. Noch schwieriger ist die Frage der Alimentierung. EU-Frauen sollten eigentlich Ansprüche auf Leistungen nach SGB II oder SGB XII, jedoch ist die Durchsetzung dieses Leistungsanspruches in der Praxis verzwickelt und absolut nicht zufrieden stellend. contra ist gemeinsam mit dem KOK e.V. daran, diese Situation auf rechtlicher Ebene zu verändern, denn hinnehmbar ist das nicht und bedeutet in der Praxis der Beratung unglaubliche Schwierigkeiten. Momentan regeln wir die finanzielle Unterstützung der EU-Frauen sehr stark über einen Fond des Ministeriums für Bildung und Frauen sowie Spenden (zeitbegrenzt).

Im Übrigen besteht bei Frauen aus den neuen EU-Ländern (im Gegensatz zu den alten EU-Ländern) eine besondere Schwierigkeit, was die Perspektivenarbeit angeht: Das Kernproblem ist, dass Bürger/innen aus den neuen EU-Staaten keinen unbegrenzten Zugang zum Arbeitsmarkt haben – ganz anders als Bürger/innen aus den alten EU-Staaten wie Frankreich u.a. - diese dürfen hier jederzeit und ohne Arbeitserlaubnis Arbeit aufnehmen.

Bürger/innen aus den neuen EU-Staaten dürfen sich zwar frei bewegen in Europa – aber in Deutschland dürfen sie nur als Selbständige oder mit Arbeitserlaubnis arbeiten. Eine Arbeitserlaubnis ist aber kaum zu bekommen (nur für ganz ausgewählte Sektoren im Niedriglohnbereich).

Somit gibt es für die Frauen tatsächlich wenig Perspektiven für eine Zukunft in Deutschland (wenn sie dies wünschen). Eine verbesserte Perspektivarbeit wird erst ab 2011 und für Bulgarien / Rumänien sogar erst ab 2014 möglich sein, dann nämlich sind die neuen EU-Bürger/innen den alten EU-Bürger/innen komplett gleichgestellt und dürfen ohne Arbeitserlaubnis arbeiten.

Natürlich ist dies sehr unbefriedigend. Deshalb fördert der Förderverein contra e.V. auch spezielle "Zukunftsprojekte" für die Unterstützung dieser Klientinnen. Die so genannten "Zukunftsprojekte" werden engmaschig durch contra begleitet. Bislang gelang 2 Klientinnen auf diese Weise der uneingeschränkte Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

5 Zeuginnen in Strafverfahren

Die Strafverfolgung des Menschenhandels ist sehr komplex und die Beweisführung sehr schwierig. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, damit die Anklage eines Menschenhandelsdeliktes gelingt, ist die Aussage eines oder mehrerer Opfer. Das heißt, von Menschenhandel betroffenen Frauen kommt als Zeuginnen in Strafverfahren eine hohe Bedeutung zu – denn sie sind diejenigen, die Angaben zu den an ihnen verübten Straftaten machen können und ihre Aussagen sind oft das wichtigste Beweismittel.

Nur noch wenige Opfer von Menschenhandel werden aufgrund polizeilicher Maßnahmen als Betroffene identifiziert. Früher war Menschenhandel ein so genanntes Kontrolldelikt, d.h. die meisten der Straftaten im Bereich Menschenhandel wurden anlässlich polizeilicher Kontrollen aufgedeckt. Heute ist das anders, das liegt u.a. an der geänderten Rechtslage seit der EU-Erweiterung und eingeschränkten Betretungsrechten der Polizei in bordellähnlichen Betrieben.

Die wenigsten Betroffenen flüchten aktiv zur Polizei, um dort Straftaten anzuzeigen. Dies kommt aber seit der EU-Erweiterung doch in einigen Einzelfällen vor, dies sind Frauen aus den neuen EU-Staaten oder deutsche Frauen – unsere Vermutung ist, dass die Frauen sich trauen, zu Polizei zu flüchten, weil sie keine Angst mehr wegen des illegalen Aufenthaltes haben müssen. Sie sind ja freizügigkeitsberechtigt bzw. mit deutschem Status.

Die meisten betroffenen Frauen werden nirgendwo als Betroffene sichtbar. Einige (und das ist nur ein geringer Teil der tatsächlichen Anzahl) finden auf Umwegen den Weg zu contra, erfahren hier Beratung und Unterstützung und entscheiden sich in diesem Rahmen ggf. dazu, zeugenschaftliche Angaben zu machen.

Als Opfer eines Gewaltverbrechens sind Betroffene teilweise traumatisiert. Die überlebte Gewalt, die systematische Einschüchterung und aufgebaute Atmosphäre der Abhängigkeit, die Rechtlosigkeit und Ausweglosigkeit bilden Ursachen für die Entwicklung einer posttraumatischen Belastungsstörung bzw. eines psychotraumatologischen Belastungssyndromes⁵:

6 Ausblick

Wir kritisieren mit aller Deutlichkeit, dass das Strafverfolgungsinteresse in Deutschland faktisch höher wiegt als ein humanitärer Opferschutz. Schließlich sind die betroffenen Frauen hier in Deutschland Opfer von Straftaten geworden und sollten entsprechend geschützt und unterstützt werden. Jedoch betreffen die gesetzlichen Regelungen für Opfer von Menschenhandel, wie z.B. die Gewährung eines vorübergehenden Aufenthaltes, vorwiegend nur Zeuginnen und auch nur solange, wie der deutsche Staat sie als Zeuginnen benötigt.

Und auch die Opferschutzkonzepte für Opferzeuginnen sind in Deutschland recht dürftig. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung des Menschenhandels und entsprechenden Opferschutzkonzepte für Betroffene liegt bei den Bundesländern – die Unterschiede bei der Umsetzung sind daher gewaltig:

- Die meisten Fachberatungsstellen sind mit äußerst geringen Mitteln ausgestattet.
- Einige Fachberatungsstellen können aufgrund finanzieller Unterstützung spezielle Schutzwohnungen für Opfer von Menschenhandel vorhalten, andere wie Schleswig-Holstein bieten keine solche spezialisierte und betreute Unterbringung.
- Einige Bundesländer halten ein gut abgestimmtes spezielles Zeugenschutzprogramm für Opfer von Menschenhandel bereit, in anderen wie z.B. Schleswig-Holstein finden auch gefährdete Zeuginnen keine Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm.

⁵ S.a. "Neue Wege in der Hilfe für Gewaltopfer" Ergebnisbericht des Kölner Opferhilfeprojektes, Institut für Psychotraumatologie Köln, Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, 1998, S. 43

- In einigen Bundesländern wird die Bekämpfung des Menschenhandels stark gewichtet – z.B. sind Spezialdienststellen gegen Menschenhandel eingerichtet und es existiert eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizei und den Fachberatungsstellen, in anderen wird die Bekämpfung des Menschenhandels nur als Zufallsprodukt bearbeitet.

Auch in Schleswig-Holstein sind aus unserer Sicht die Rahmenbedingungen für Opfer von Menschenhandel nicht zufrieden stellend geregelt. Im Interesse der betroffenen Frauen wirkt contra daher kontinuierlich auf ein schleswig-holsteinisches Opferschutzkonzept Menschenhandel hin, das auch menschenrechtlichen Standards sowie der besonderen Situation betroffener Frauen ausreichend Rechnung trägt.

Mit folgenden Aktivitäten arbeiten wir kontinuierlich daran, die Rahmenbedingungen für die Unterstützung betroffener Frauen zu verbessern:

Förderung von Kooperationen: Wir engagieren uns für eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung mit folgenden Kooperationspartnern:



Fachberatung für Kooperationspartner: Wir stellen spezifische Fachkenntnisse zur Verfügung

- durch Arbeitstreffen, Gremienarbeit, Fortbildungen
- mit Fachveröffentlichungen
- auf Anfrage

Mitarbeit an landesweiten Regelungen: Durch Kontakte zu Landesministerien, politischen Entscheidungsträgern sowie Landesgremien wirken wir darauf hin, dass rechtliche Regelungen auf Landesebene und ein ganzheitliches „Opferschutzkonzept Menschenhandel“ in Schleswig-Holstein entwickelt werden.

Öffentlichkeitsarbeit: Wir sensibilisieren zum Thema Frauenhandel durch Veranstaltungen, Pressearbeit und das Internet. Zusätzlich wirbt seit 2003 der Förderverein contra e.V. kontinuierlich Spenden ein, um wichtige immer wieder Spenden eingeworben, um staatlich nicht sicher gestellte Einzelfallhilfen, u.a. z.B. Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin, medizinische Versorgung, Therapie etc. für die Frauen zu ermöglichen. Dies unterstützt die Situation der Frauen.

Kiel, 2009

contra

Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig- Holstein

Jozefa Paulsen, Claudia Franke

Postfach 35 20

24034 Kiel;

Tel: 0431 / 55 77 9 -190 /-191; Fax: 0431 / 55 77 9 -150

E-mail: contra@ne-fw.de